

Der soziale Ausgleich muss in den Fokus politischen Handelns

AK-BESCHÄFTIGTENBEFRAGUNG Gute Arbeit stärkt das Vertrauen in die Demokratie

Im September 2024 – noch vor dem Bruch der Ampelkoalition und den Neuwahlen – hat die Arbeitskammer zum zweiten Mal ihre „AK-Beschäftigtenbefragung“ durchgeführt. Dabei wurden die saarländischen abhängig Beschäftigten danach befragt, wie sie aus ihrer aktuellen Lebens- und Arbeitssituation heraus die drängendsten Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Transformationsprozess und die ökologische Modernisierung der Gesellschaft einschätzen, den Zustand der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge beurteilen und welches Vertrauen sie in die Demokratie haben. Die Ergebnisse sind alarmierend.

Von Matthias Hoffmann
und Karsten Ries

Die Ergebnisse der AK-Beschäftigtenbefragung 2024 zeigen, dass sich die Beschäftigten der Notwendigkeit der ökologischen Modernisierung bewusst sind und der Klimawandel die Gesellschaft als ernstes Problem betrifft. Mehr als zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass wir alle als Gesellschaft unseren Lebensstil einschränken müssen, wenn der Klimawandel gestoppt werden soll. Gleichzeitig bestehen bei mehr als zwei Dritteln der Beschäftigten aber große Sorgen, durch die Klimamaßnahmen finanziell überfordert zu sein. Ein Grund für diese Befürchtungen liegt auch darin, dass bei den Menschen Unklarheit über die politischen Maßnahmen herrscht. Drei Viertel der Befragten waren der Meinung, dass die damalige Bundesregierung beim Klimaschutz keine klare Strategie hatte. Diese Thematik führt zu dem am meisten Besorgnis erregenden Ergebnis der Befragung: Der von den Befragten stark geäußerte Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mehr als drei Viertel der Befragten machten sich Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Vergleich zur vorherigen Befragung hat damit die Zufriedenheit mit der Demokratie deutlich abgenommen. Fast 60 Prozent der Befragten waren unzufrieden oder eher unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Mit ihren Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen sind insgesamt rund 65 Prozent der Befragten unzufrieden oder

eher unzufrieden. Diese Einschätzungen korrelieren jeweils mit dem Einkommensniveau und vor allem mit der Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen. Da Unzufriedenheit mit den Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen ein Nährboden rechtspopulistischer Parteien ist, kommt der Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen gerade vor dem Hintergrund der Transformation der Arbeitswelt besondere Brisanz zu.

Spürbares Aufbruchsignal ist dringend nötig

Bei der Ertüchtigung der öffentlichen Infrastruktur sind aus Sicht der Beschäftigten vor allem der bezahlbare Wohnraum, die Kinderbetreuung und die fachärztliche und therapeutische Versorgung vordringlich. In Bezug auf die Landesregierung sehen die Befragten vor allem in den Handlungsfeldern Bildung sowie Gesundheit und Pflege deutlichen Verbesserungsbedarf. Das Vertrauen in die Demokratie kann nur

gestärkt werden, wenn die Politik den Menschen dauerhaft sichere Lebens- und Daseinsbedingungen bietet. Dazu müssen die auf den Weg gebrachten notwendigen Maßnahmen („Transformation“) nachhaltig gelingen. Das können sie aber nur, wenn eine breite Mehrheit der Gesellschaft diese Veränderungen mitträgt. Aber genau dazu müssen die Menschen Vertrauen darin haben, dass ihre Bereitschaft von der Politik nicht enttäuscht wird.

Die noch vom alten Bundestag beschlossenen 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaschutz müssen als Chance für ein deutliches und für die Menschen direkt spürbares Aufbruchsignal genutzt werden: Ertüchtigung der öffentlichen Infrastruktur und Entlastung der Menschen bei den unvermindert drängenden Maßnahmen zum Klimaschutz. Dieses Aufbruchsignal darf nicht durch gleichzeitiges Ankündigen von Kürzungen insbesondere in zentralen Bereichen des Sozialstaates wieder zunichte gemacht werden. Eine grundlegende Reform der Schuldenbremse und eine stärkere Orientierung politischen Handelns auf sozialen Ausgleich bleiben daher dringend erforderlich.

Dr. Matthias Hoffmann ist Referent für Arbeitspolitik und betriebliche Sozialpolitik.

Karsten Ries leitet das Referat Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik.

Befragt wurden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Rund 700 Befragte haben sich beteiligt. Mehr Infos: www.arbeitskammer.de/themenportale/gute-arbeit/ak-beschaeftigtenbefragung/

Zufriedenheit mit den Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen nach Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Angaben in %

(eher) unzufrieden mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen

88

12

(eher) zufrieden mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen

61

39

■ (eher) unzufrieden mit den Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen

■ (eher) zufrieden mit den Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen

Quelle: AK-Beschäftigtenbefragung

Grafik: Arbeitskammer